

**NIEDERSCHRIFT
über eine
Sitzung des Stadtrates der Stadt Landsberg
in öffentlicher Sitzung**

Datum: 23.06.2016

Zeit: 18.02 Uhr bis 20.50 Uhr

Ort: Gaststätte „Goldener Löwe“ Landsberg

Anwesend:

Herr L. Arzt	Herr H.-U. Borgass
Herr G. Chyla	Herr Dr. J. Müller
Herr H. Ehrenberg	Herr C. Gobst
Herr F. Hübner	Herr H. Kliche
Herr C. Kupski	Herr F. Meinhardt
Herr R. Milzsch	Frau I. Möritz
Herr L. Müller	Herr A. Reuter
Herr G. Scheuerle	Frau P. Schillinger
Herr H. Sitte	Herr F. Stolzenberg
Herr F. Tessmann	Herr C. Töpe
Herr E. Weidinger	Herr Dr. F. Weidt

Ortsbürgermeister: Herr B. Frischmuth

Entschuldigt:

Herr St. Müller	Herr K. Rothe
Herr C. Schaaf	Frau E. Schmidt
Frau A. Werner	Herr A.-J. Wolff
Frau B. Bunge	Frau H. Liebl

Gäste:

Herr J. Wege	Landkreis Saalekreis
Herr D. Bredthauer	
Frau D. Moron-Wernicke	Stadt Landsberg
Frau K. Aulenbach	Stadt Landsberg
Frau J. Moron	Stadt Landsberg
Herr S. Kunth	Stadt Landsberg
Frau A. Sorgenfrei	Stadt Landsberg (Protokollantin)

Mitglieder von Ortschaftsräten

Bürger: ca. 8

Die Niederschrift umfasst die Seiten 1 bis 12.

Dr. J. Müller
Stadtratsvorsitzender

A. Sorgenfrei
Protokollantin

Punkt 1 Begrüßung und Eröffnung

Der Stadtratsvorsitzende Herr Dr. Müller eröffnet die heutige Sitzung, begrüßt die anwesenden Gäste, Herrn Wege vom Landkreis Saalekreis zum Thema Breitbandeinführung, Herrn Bredthauer, die Angestellten der Verwaltung und die anwesenden Bürger.

Punkt 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende Herr Dr. J. Müller stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest, die Beschlussfähigkeit ist mit 22 anwesenden Stadträten gegeben.

Punkt 3 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

Herr L. Müller, Fraktion DIE LINKE bittet um Änderung der Tagesordnung dahingehend, dass der im nicht öffentlichen Teil auf der Tagesordnung stehende Punkt des Antrages der Fraktion DIE LINKE im öffentlichen Teil behandelt wird. Es werden keine personenbezogenen Daten vorgetragen.

Herr Scheuerle sieht dies anders.

Der heutige Antrag der Fraktion DIE LINKE muss auf der veröffentlichten Tagesordnung für die Bürgerschaft erkennbar sein. Dieser Tagesordnungspunkt kann für die Öffentlichkeit von Interesse sein, dieses ist mit dem heutigen Vorziehen in den öffentlichen Teil nicht mehr gegeben.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE verbleibt im heutigen nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung.

Der Tagesordnungspunkt 13 „Diskussion zur Verbesserung und optimalen Umsetzung der Anliegen und Hinweise der Ortschaftsräte“ müsste nach Meinung von Herrn Stolzenberg in Einwohnerversammlungen diskutiert werden.

Frau Moron bemerkt hierzu, dass wir heute in der Öffentlichkeit darüber diskutieren können. Herr Scheuerle bittet darum, den heute anwesenden Ortschaftsräten zu diesem TOP Rederecht zu gewähren.

Hierzu wurde abgestimmt:

19 Stadträte waren dafür, 3 Stadträte enthielten sich der Stimme.

Desweiteren wurde das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 30.05.16 „Überprüfung des Beschlusses zum TOP 20 der Stadtratssitzung der Stadt Landsberg vom 27.04.2016 – Beschluss zur Finanzierung der Veranstaltung 1050 Jahre Niemberg in haushaltsloser Zeit den anwesenden

Stadtratsmitgliedern und Ortsbürgermeistern persönlich verteilt. Den nicht anwesenden Stadtratsmitgliedern wird dieses Schreiben bei der Versendung der Sitzungsunterlagen für den 21.07.2016 mitgeschickt.

Nunmehr wurde die heutige Tagesordnung des öffentlichen Teiles einstimmig bestätigt.

Punkt 4 Einwohnerfragestunde

Herr Dr. J. Müller teilt mit, dass für die Einwohnerfragestunde aufgrund der gefüllten Tagesordnung höchstens 30 Minuten zur Verfügung stehen.

Frau Katja Wagner meldet sich zu Wort:

Die Grundschule Niemberg hat einen Fragenkatalog an die Verwaltung der Stadt Landsberg gerichtet. Es wird eine Beantwortung der Fragen erwartet. Wann ist damit zu rechnen?

Herr Seidowski meldet sich zu Wort:

Es fand eine Verbandsversammlung des WAZV statt.

Die Tagesordnung hierzu wurde nicht bestätigt, die Versammlung wurde trotzdem durchgeführt. Dazu verlangt er eine Aufklärung.

Beitragssatz und Kappungsgrenze werden erhöht. Dies stellt eine enorme Belastung für die Bürger dar und kann nicht ohne weiteres hingenommen werden. Es liegt auch eine Rüge eines Bürgers vor.

Herr Stolzenberg führt aus, dass der WAZV dennoch eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit leistet. Die Stadträte wurden bereits über die Versammlung informiert.

Die Einwohnerfragestunde wird beendet.

Punkt 5 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.05.2016

Die Bekanntgabe der Beschlüsse der nicht öffentlichen Sitzung vom 26.05.16 erfolgt in der nächsten Stadtratssitzung.

Punkt 6 Bestätigung des Sitzungsprotokolls – öffentlicher Teil – vom 26.05.2016

Frau Schillinger und Herr Kupski weisen darauf hin, dass es in der Sitzung am 26.05.16 einen Antrag zur Geschäftsordnung durch Herrn Gobst gegeben hat. Es wurde daraufhin nur zu diesem Antrag abgestimmt und nicht zum Protokoll vom 27.04.16. Es muss noch eine Protokollabstimmung zum 27.04.16 erfolgen.

Herr Gobst stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, über das Protokoll vom 26.05.16 abzustimmen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Nunmehr erfolgt die Bestätigung des Sitzungsprotokolls vom 26.05.16 mit folgendem Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen, 2 Nein-Stimmen

Frau Schillinger verlangt von der Verwaltung eine Erklärung zur Vorgehensweise der Protokollabstimmung vom 27.04.16.

Frau Moron-Wernicke wird die Abstimmung zum Protokoll vom 27.04.16 auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung am 21.07.16 setzen.

Punkt 7 Breitbandeinführung

Herr Dr. Müller erteilt Herrn Johannes Wege, Amtsleiter Verwaltungssteuerung, Wirtschaftsförderung und Kultur des Landkreises Saalekreis das Wort.

Herr Wege erläutert in Form einer Powerpoint-Präsentation das Ziel der besseren Internetnutzung durch einen raschen und flächendeckenden Breitbandausbau im Bereich der Stadt Landsberg.

Er beginnt mit unserer Ausgangssituation, die derzeit in Landsberg mit weniger als 50% beziffert ist. Das Land hat nunmehr Förderrichtlinien beschlossen, die für Landsberg durchaus eine 100%-ige Förderung aufzeigen.

Eine Ausschreibung für dieses Projekt wird vom Landkreis Saalekreis für den gesamten Saalekreis zum 30.06.16 durchgeführt. Damit werden die Chancen erhöht. Die Landesförderung ist bis Ende September 2016 zu beantragen.

Daraufhin kann dann die Ausschreibung an die Telekommunikationsunternehmen erfolgen und ca. Anfang Dezember kann im Stadtrat die Vergabebestätigung erfolgen. Nach Leuna, Mücheln und Petersberg steht Landsberg auf Rang 4 der Prioritätenliste.

Wann ist mit der Realisierung des Vorhabens zu rechnen?

Bis zum Jahre 2018 / 2019 kann es sich ziehen, so Herr Wege.

Herr Gobst möchte wissen, ob es schon Aussagen zur Förderquotenfestlegung gibt. Dazu hat das Landesministerium noch keine klaren Aussagen getroffen, so Herr Wege.

Die Ausbauquoten für Landsberg sind mit 80% dargelegt. Ca. 20% sind schon versorgt, nur im Umkreis von 500m des Hauptverteilers kann kein Ausbau erfolgen (Bestandsschutz der Telekom).

Herr Gobst fragt weiter an, ob die heute präsentierten Daten als PDF zur Verfügung gestellt werden können. Herr Wege vereint dies, wir kommen hiermit in den Datenschutz. Bis Dezember müssen wir auf jeden Fall darauf verzichten.

Herr Dr. Raschke, Mitglied des Ortschaftsrates Braschwitz, stellt die Frage, wie es mit der Erschließung weiterer Wohngebiete oder derzeit noch unbebauter Flächen mit deren „Nachrüstung Breitband“ und weiterer Fördermöglichkeiten aussieht.

Diese Frage kann noch nicht abschließend geklärt werden.

Gibt es Erhebungen für Dienstleistungsträger, möchte Herr Gobst beantwortet haben. Wird dies bei Ausbauplänen mit berücksichtigt?

Herr Wege äußert dazu, dass größere Standort schon mit angegeben werden, wie z.B. Kliniken.

Herr Dr. Müller dankt Herrn Wege und für seine ausführlichen Informationen und verabschiedet ihn.

Punkt 8 Umschuldung Kommunaldarlehen

Beschluss-Nr.: 81/06/16

Der Stadtrat Landsberg beschließt die Umschuldung des aus der Zinsbindung auslaufenden Kommunaldarlehens Nr. 6204150012. Der Stadtrat ermächtigt den Bürgermeister die Entscheidung zur Umschuldung zu treffen und den Kreditvertrag abzuschließen. Das Darlehen mit einem Restkapital in Höhe von 425.190,59 Euro ist rechtzeitig zum Stichtag 30.06.2106 an den zinsgünstigsten Bieter umzuschulden.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Punkt 9 Anmietung einer Feuerwehdrehleiter – Finanzierung in haushaltsloser Zeit

Frau Schillinger fragt an, ob es noch andere Gründe für das angegebene Sparmodell gibt.

Herr Kunth äußert dazu, dass auch mit dieser Variante die Funktionstüchtigkeit gewährleistet ist.

Herr Scheuerle sieht dies als Übergangslösung an. Wann kann gekündigt werden?

Herr Kunth führt an, dass die Anmietung bis zum 31.12.16 erfolgt. Eine Ausschreibung ist bis dahin realisierbar.

Frau Moron bemerkt hierzu, dass bei einer europaweiten Ausschreibung mit einem ½ Jahr gerechnet werden muss.

Herr Weidinger fragt, ob die alte Drehleiter noch da ist.

Herr Töpe bejaht dies. Sie hat aber keinen TÜV mehr. Diese wieder zu ertüchtigen ist ebenso mit ca. 20 T€ zu beziffern.

Herrn Weidinger stellt sich nun die Frage, was ist billiger zu mieten oder zu ertüchtigen?

Herr Scheuerle merkt an, dass nunmehr wieder von einer Ertüchtigung gesprochen werden kann, obwohl es in vorangegangenen Sitzungen die Aussage gab, die Drehleiter ist endgültig defekt.

Frau Moron fügt an, dass mit der Beschlussvorlage die Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, vorgeschlagen ist das 120€/Tag Mietmodell.

Herr Weidinger fragt noch nach, wie oft die Drehleiter zum Einsatz kommt. Sie ist schon relativ häufig im Einsatz, selbst die Stadt Halle hat sie schon angefordert, so Herr Töpe.

Herr Schiebel bittet um Anhörung. Er ist Mitglied der Ortsfeuerwehr Spickendorf und verfügt über eine Ausbildung als Drehleitermaschinist. Er bittet von einer Ertüchtigung der alten Drehleiter Abstand zu nehmen, ebenso von der Anmietung der dargelegten 120€/Tag-Variante. Diese weist einige negative Details auf, wie z.B. kein Licht vorhanden (kein Notstromaggregat). Herr Schiebel appelliert an die Stadträte, sich für die 240€/Tag-Variante zu entscheiden. Den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren liegt die Sicherheit der Bürger am Herzen.

Auch Frau Kleppel, Leitung der Freiwilligen Jugendfeuerwehr bittet um Anhörung. Sie betont, dass in den Ortsfeuerwehren diskutiert und vom Fachamt festgelegt wurde, dass die Minimalvariante in der Übergangszeit ausreichend ist.

Frau Aulenbach fügt hierzu an, dass für die 240€/Tag-Variante keine Deckung im Haushalt vorhanden ist. Herr Stolzenberg vertraut den Aussagen der Feuerwehrleute, sie tätigen diese nicht aus Jux und Tollerei in einer öffentlichen Stadtratssitzung.

Frau Schillinger ist nachfolgender Meinung:

Wir haben jetzt einen Fachmann gehört. Wo gibt es jetzt noch Entscheidungsspielraum? Der Stadtrat wurde mit seiner Argumentation zur Sorgfaltspflicht aufgerufen.

Herr Weidinger merkt an, dass der Vorschlag zur Anmietung einer Drehleiter zum Preis von 120€/Tag von Seiten des Fachamtes Bürgerservice gekommen ist, mit dem Vermerk, diese Variante ist in der Übergangszeit ausreichend.

Der Stadtrat Landsberg fasst nunmehr nachfolgenden Beschluss

Beschluss- Nr.: 82/06/16

Der Stadtrat beschließt die Finanzierung zur Anmietung einer Feuerwehdrehleiter der Firma Rosenbauer zum Preis von 120€/Tag für einen Zeitraum vom 01.07.16 bis zum 31.12.16 in haushaltsloser Zeit aus der Buchungsstelle 12.61.01.00/523100.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Nach erfolgter Beschlussfassung quittiert Herr Schiebel seinen Dienst bei der Freiwilligen Feuerwehr mit sofortiger Wirkung, übergibt Frau Moron-Wernicke seinen Funkmeldeempfänger und verlässt die Sitzung.

Punkt 10 Beschaffung einer Feuerwehrdrehleiter – Finanzierung in haushaltsloser Zeit

Herr Weidinger merkt an, dass bis heute keine Bedarfsanalyse vorliegt. In dem heute vorliegenden Beschluss ist dieser Passus unbedingt einzuarbeiten.

Herr Kupski führt aus, dass in der Dezembersitzung ein mehrheitlicher Beschluss zur Risiko- und Gefahrenanalyse gefasst wurde. Der Beschluss wurde gefasst, ist aber nicht rechtmäßig zustande gekommen, so Herr Weidinger. Fertigt die beauftragte Firma die Bedarfsanalyse oder ist sie nur mit der Ausschreibung beauftragt, möchte Herr Scheuerle beantwortet haben. Eine Willensbekundung des Stadtrates liegt vor, wie weit ist die Ausschreibung vorangetrieben? Liegt das komplette Ausschreibungsverfahren in den Händen der beauftragten Firma? Diese Fragen stellt Herr Meinhardt. Die beauftragte Firma erledigt alles, so Herr Töpe.

Nunmehr fasst der Stadtrat nachfolgenden Beschluss

Beschluss-Nr.: 83/06/16

Der Stadtrat beschließt die Finanzierung zur Beschaffung einer Feuerwehrdrehleiter entsprechend einer zu erstellenden Bedarfsanalyse in haushaltsloser Zeit aus der Buchungsstelle 12.61.01.00/099310.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen

Punkt 11 Aufstellungsbeschluss zur 1. Vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 Wohnanlage Reinsdorf „Am Mühlweg“ der Stadt Landsberg nach § 13 BauGB

Der Ortschaftsrat Landsberg erteilt seine Zustimmung, so Herr Kliche. Herr Gobst führt aus, dass auch der Bauausschuss zugestimmt hat.

Sodann fasst der Stadtrat nachfolgenden Beschluss

Beschluss-Nr.: 84/06/16

Der Stadtrat beschließt für das Flurstück 95/7 in der Flur 5 der Gemarkung Landsberg die 1. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Landsberg

Wohnanlage Reinsdorf „Mühlweg“. Mit der beabsichtigten Änderung soll die Bauweise den Bedingungen der Bauwilligen und dem im übrigen Bebauungsplan geltenden Vorgaben angepasst werden. Die Kosten des Planverfahrens sowie sämtliche etwaige Folgekosten werden vom Vorhabenträger übernommen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen

Punkt 12 Bestellung des/der Verwaltungsvorsitzenden für den Abwasserbetrieb Landsberg AöR gemäß § 7 Abs. 2 der Unternehmenssatzung des Abwasserbetriebes Landsberg Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Die derzeitige Verwaltungsratsvorsitzende, Frau Moron-Wernicke reichte mit Schreiben vom 24.05.2016 aus persönlichen Gründen ihren Rücktritt vom Verwaltungsvorsitz ein.

Das vorgeschlagene Mitglied soll eine Person aus dem Verwaltungsrat sein. Herr Scheuerle schlägt Herrn Weidinger vor. Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Im Regelfall findet eine Wahl mit Stimmkarten statt, kann aber auch offen stattfinden.

Der Stadtrat entscheidet sich einstimmig für die offene Wahl.

Sodann ergeht folgender Beschluss

Beschluss-Nr.: 85/06/16

Der Stadtrat bestellt Herrn Weidinger als Verwaltungsratsvorsitzenden abweichend von § 7 Abs.2 der Unternehmenssatzung des Abwasserbetriebes Landsberg Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR).

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 8 Enthaltungen

Punkt 13 Diskussion zur Verbesserung und optimalen Umsetzung der Anliegen und Hinweise der Ortschaftsräte

Wie kann die Verwaltungsarbeit besser unterstützt werden?

Frau Schillinger macht den Vorschlag, auf die Tagesordnung „Begehren der Ortschaftsräte“ zu setzen.

Dieser Vorschlag wird von Herrn Stolzenberg und von Herrn Scheuerle nicht geteilt.

Herr Stolzenberg unterbreitet den Vorschlag, den Ortsbürgermeistern mehr Kompetenzen und auch einen gewissen finanziellen Rahmen in eigener Regie zu übertragen. Damit minimieren sich die Anfragen und Anliegen und bringen Entlastung.

Herr Scheuerle sagt folgendes:

Die Ortschaftsräte tragen Vorschläge zusammen, wie man in einem

einheitlichen System die speziellen Anliegen an die Verwaltung richten kann. Herr Kliche bittet um Zeit, dass sich die Stadtverwaltung neu positionieren und festigen kann. Ein Lösungsweg wird gefunden.

Herr Kupski sieht dieses Thema folgendermaßen:

Man sieht bei der Verteilung der Protokolle einen Verteilerschlüssel, wohin diese in der Stadtverwaltung gereicht werden. Das sind alle Fachämter.

Jedes Fachamt erhält also eine Kopie des Protokolls der Ortschaftsräte und muss sich seinen Aufgaben entsprechend deren Abarbeitung vornehmen.

Das müsste damit ganz unproblematisch erfolgen und auch so funktionieren.

Frau Moron-Wernicke teilt durchaus die Meinung von Herrn Stolzenberg, die Kompetenzen der Ortsbürgermeister zu erweitern.

Auch Herr Frischmuth findet den Vorschlag von Herrn Stolzenberg gut, wenn den Ortsbürgermeistern wieder mehr Kompetenzen übertragen werden.

Bei der Haushaltserarbeitung sind die Ortsbürgermeister gern mit dabei und fühlen sich ernst genommen.

Punkt 14 Sonstige Informationen

Herr Kupski meldet sich zu Wort:

In der letzten Stadtratssitzung gab es eine unschöne Situation zwischen Herrn Gobst und ihm. Nach Beendigung der Sitzung wurde dies zwischen beiden Personen mit Handschlag bereinigt und aus der Welt geschafft.

Die Entschuldigung dafür ist damit beidseitig angenommen.

Anhörung Haushalt 2016

Frau Aulenbach gibt zur Kenntnis, dass heute eine Beratung zwischen der Stadtverwaltung, Frau Moron-Wernicke, Frau Aulenbach und der Kommunalaufsicht, Herrn Weiß bezüglich des Haushaltes 2016 stattgefunden hat. Es erfolgte die Maßnahmendarlegung und die Auflage, einen Beitrittsbeschluss zur Teilgenehmigung des in der Haushaltssatzung 2016 festgesetzten Kreditbetrages durch den Stadtrat herbeizuführen.

Herr Frischmuth gibt zur Kenntnis, dass in Oppin in diesem Jahr kein Parkfest stattfindet.

Frau Schillinger bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das Protokoll vom 27.04.16 rechtmäßig zustande gekommen ist.

Frau Moron-Wernicke bestätigt, dass zuerst über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt wurde, danach ist über das Protokoll abzustimmen.

Das Protokoll vom 27.04.16 wird zur nächsten Stadtratssitzung am 21.07.16 zur Bestätigung vorgelegt.

Herr Scheuerle bittet darum, auch den Tagesordnungspunkt „Personalangelegenheiten“ am 21.07.16 mit aufzunehmen.

Bushaltestelle an Grundschule Landsberg

Frau Moron-Wernicke informiert, dass eine Begehung mit OBS, der bauausführenden Firma und der Stadtverwaltung stattgefunden hat. Durch die Elternschaft schriftlich dargelegt, wird angestrebt, den Ein- und Ausstieg an die Grundschule zu verlegen. Die schriftliche Zusage vom OBS steht noch aus, wird hoffentlich noch vor Schuljahresbeginn erwartet oder spätestens bis zu den Herbstferien.

Transparenz WAZV

Die Stadträte bekommen erst dann Informationen, wenn seitens des WAZV die Beschlüsse bereits gefasst wurden. Die Einwirkungsmöglichkeit der Mitglieder ist somit gleich Null. Das ist die Meinung von Herrn Gobst. Herr Stolzenberg hat dies auch schon angesprochen mit den Fristen und ist natürlich nicht befriedigend.

Herr Gobst bittet einen Antrag in der Verbandsversammlung einzubringen, die Fristen zur Einberufung der Sitzungen des WAZV zu verlängern, Vorschlag mindestens 6 Wochen.

Die anwesenden Stadträte sind der Meinung diesen Vorschlag einzubringen. Es wird darüber mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

21 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Antrag der Bürgerliste vom 26.05.16 auf Akteneinsicht beim Landesverwaltungsamt

Frau Moron-Wernicke informiert, dass darauf noch keine Antwort gegeben wurde.

Sanierungsmaßnahmen Kita Hohenthurm

Herr Arzt möchte wissen, warum die Sanierungsarbeiten in der Kita Hohenthurm abgebrochen wurden.

Frau Moron-Wernicke kann nur oberflächlich darauf antworten.

Die Arbeiten stellen sich umfangreicher dar, sind nicht sachgemäß ausgeführt. Sie müssen auf Grund der festgestellten Umfänglichkeit mit Ausschreibung erfolgen.

Info zur AöR-Sitzung

Herr Kupski informiert die Anwesenden, dass er an der letzten WAZV-Sitzung als Vertreter der AöR nicht teilnehmen konnte. Die Unterlagen wurden zwar Herrn Hoppe fristgerecht zugestellt, jedoch hat Herr Kupski von Herrn Hoppe erst eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung eine SMS erhalten, dass er nicht teilnehmen kann. Aufgrund dieser Kürze konnte auch Herr Kupski als Vertreter nicht teilnehmen.

Nunmehr erfolgt die Prüfung der Abwahl von Herrn Hoppe.

Es muss noch in diesem Jahr die Vermögensauseinandersetzung WAZV/AöR abgeschlossen werden.

Abwahl Herr Hoppe

Herr Scheuerle bringt den Vorschlag ein, Herrn Hoppe aus sämtlichen Ämtern abzuwählen. Herr Gobst äußert, dass es mittlerweile gerichtliche Entscheidungen gibt.

Die öffentliche Sitzung wird um 20.50 Uhr beendet.
Es folgt eine Pause von 10 Minuten.

Herr Weidinger verlässt die Versammlung.